

Forum Soziale Demokratie

Öffentliche Güter – was ist des Staates?

Das neue Grundsatzprogramm der SPD soll Ende 2007 auf einem Ordentlichen Parteitag beschlossen werden. Bis dahin soll der vorliegende Entwurf Gegenstand eines intensiven Dialoges mit Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien sein.

In den „Leitsätzen auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm“ wird herausgestellt, dass Menschen nur dann ein freies Leben führen können, wenn sie Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung und Information haben und wenn sie über eine ausreichende materielle Absicherung verfügen.

Aus den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität folge, dass es in einer Marktwirtschaft stets Lebensbereiche und öffentliche Güter geben müsse, die „der Logik des Marktes entzogen und bedarfsorientiert ausgerichtet“ seien. Diese Elemente nichtmarktförmiger Gemeinschaftlichkeit seien unverzichtbare Quellen der Lebensqualität und Chancengleichheit in

unserer Gesellschaft. Sie müssten als fundamentale Bestandteile Sozialer Demokratie gestärkt werden.

Inzwischen ist der Prozess der Entwicklung eines neuen Grundsatzprogramms vorangeschritten. Die Leitsätze wurden hierbei in einen neuen Programmentwurf überführt. An dieser Stelle heißt es, dass den „öffentlichen Gütern, Dienstleistungen und sozialen Einrichtungen in qualitativer und in quantitativer Hinsicht“ ein höherer Stellenwert beigemessen werden müsse.

Diese Aufgaben „können vom Staat, den Freien Wohlfahrtsverbänden, aber auch in privater Initiative bereitgestellt werden. Dabei sichern staatlich gesetzte Rahmenbedingungen die Qualität sowie den freien Zugang für alle.“

Wie zeitgemäß ist diese Vorstellung der Daseinsvorsorge durch den Staat? Trifft es eigentlich zu, dass wir „zuviel“ Staat haben? Was sind die ureigenen Aufgaben des Staates, und welche Erwartungen kann die Wirtschaft erfüllen?

INHALT

Prof. Dr. Thomas Meyer Begrüßung und Einführung	3
Prof. Dr. Hans Peter Bull Absage an den Staat?	4
Rainer Bock Weniger Staat ist nicht zwangsläufig schwacher Staat	6
Jutta Blankau Der Staat und eine positive Zukunftsperspektive	7
Bischof Dr. Hans Christian Knuth Die Kontinuität der Grundwerte	8
Dr. Ralf Stegner Ein positives Bekenntnis zu unserem Staat	9
Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2006 in Kiel Auszüge aus der freien Diskussionsrunde	10
Dr. Ralf Stegner Schlussbetrachtung	11



Dezember 2006

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Julius-Leber-Forum
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg

Telefon: 040 3258740
Fax: 040 32587430

Redaktion: Dr. Stefanie Elies
Sascha Block (Redaktionelle Unterstützung)

Fotos: Julius-Leber-Forum

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign
Druck: Printservice von Wirth

© Friedrich-Ebert-Stiftung



THOMAS MEYER

Öffentliche Güter – was ist des Staates?

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sich im Herbst 2007 ein neues Grundsatzprogramm geben möchte, hat in diesem Rahmen zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die „Leitsätze auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm“ aufgerufen.

Diesbezüglich wurden Stimmen laut, dass es bei einer Neubesinnung über das sozialdemokratische Grundsatzprogramm, eines „neuen Godesbergs“ bedürfe. Die Zukunft wird zeigen, in welcher Hinsicht dieser Anspruch berechtigt war bzw. inwiefern das Grundsatzprogramm diesem Anspruch gerecht wird.

Welche Aufgaben der Staat zu übernehmen hat und welche er der Wirtschaft und dem Markt überantworten sollte ist eine der Kernfragen im Prozess der Entwicklung eines neuen Grundsatzprogramms.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass in der Gesellschaft eine erhebliche Irritation darüber vorherrscht, was des Staates ist. Vielfach wird hierbei dem Staat mit Misstrauen, sogar mit Verachtung begegnet. Der Staat wird als Popanz oder Moloch empfunden, der den Bürgern in die Tasche greift und sich bereichert. Es besteht aber auch der Wunsch nach staatlichen Lösungsvorschlägen für gegenwärtige Probleme.

In Rückgriff auf Erhard Eppler kann man von einem ambivalenten Verhältnis der Deutschen zum Staat sprechen. In historischer Dimension schwankten die Deutschen zwischen Staatsvergottung und Staatsverspottung. Nahe liegt, dass die Erfahrungen mit einem übermächtigen Staat zur Ablehnung eines starken Staates geführt haben. Gestützt wird diese Ablehnung durch den Eindruck, der Staat sei in einer zunehmend globalisierten Welt handlungsunfähig und könne kaum noch gestaltend auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben einwirken.

Aus dem Blick gerät hierbei die demokratische Auffassung des Staates als Selbstorganisation der Bürger. Die Leitsätze möchten in diesem Zusam-



menhang Antwort- bzw. Orientierungsmöglichkeiten bezüglich der veränderten Rahmenbedingungen der Politik geben.

Die Beantwortung der Frage, was des Staates ist, wird somit zum Ausgangspunkt einer Politik, die sich der Sozialen Demokratie verpflichtet sieht.

Die in einer globalisierten Welt durchaus begrenzten Handlungsmöglichkeiten des Staates und die sich daraus ergebende Frage danach, wie sich der Staat verändern müsse, um im eigenen Land sowie international handlungsfähig zu bleiben, sind somit grundlegende Aspekte der Veranstaltung.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird Prof. Dr. Hans Peter Bull die spätere Diskussion durch einen Vortrag einleiten. Dem Ansatz verbunden, möglichst viele gesellschaftliche Kräfte und Positionen in die Debatte einzubeziehen, haben sich dankenswerter Weise Frau Jutta Blankau, die Bezirksleiterin der IG Metall Küste, Herr Rainer Bock von der Industrie- und Handelskammer Kiel sowie Herr Bischof Dr. Hans Christian Knuth von der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche und der schleswig-holsteinische Innenminister Herr Dr. Ralf Stegner bereiterklärt an der Diskussion teilzunehmen.

Prof. Dr. Thomas Meyer:

Thomas Meyer ist wissenschaftlicher Leiter der Akademie für politische Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund und Chefredakteur der Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte.

HANS PETER BULL

Absage an den Staat? – Auszüge



Ohne den Staat geht es nicht

„Können wir wirklich vom Staat noch Unterstützung für die Ziele der Sozialen Demokratie erwarten? Meine Antwort ist: Ja. Ohne den Staat geht es nicht. Ohne den Staat geht nichts.“

Die obrigkeitliche, militaristische Tradition, die zu autoritärer Staatspraxis und letztlich zu zwei Weltkriegen geführt hat, ist beendet. Wir müssen den Staat heute gegen ganz andere Kräfte verteidigen und stärken. Staatsablehnung entsteht heute aus der interessegeleiteten Kritik einer angeblich überbordenden Bürokratie, an dem angeblich zu weit ausgebauten Sozialleistungssystem und aus einer angeblichen Politik-, Parteien- und eben Staatsverdrossenheit der Menschen. Die neoliberale Wirtschaftslehre kleidet ihre grundsätzliche Ablehnung staatlicher Einflussnahme in die allseits beliebte Bürokratiekritik.

Prof. Dr. Hans Peter Bull:

Hans Peter Bull ist Universitätsprofessor für Öffentliches Recht an der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Hamburg. Von 1978 bis 1983 war er Bundesbeauftragter für den Datenschutz. Darüber hinaus war er von 1988 bis 1995 Innenminister des Landes Schleswig-Holstein. 2005 erschien sein Buch „Absage an den Staat?“.

Die vermeintliche „Politikverdrossenheit“ und die Erwartungen an den Staat

Die moderne Meinungsforschung bestätigt in kurzen Abschnitten immer wieder, dass große Teile der Bevölkerung dem Staat nicht mehr zutrauen, Lösungen für die drängenden Probleme zu finden. Politiker und Parteien werden weithin als unfähig, korrupt und machtgerig dargestellt, so dass man sich wundert, aus welchen Motiven heraus sich trotz allem immer noch viele Menschen um politische Ämter bewerben.

Die verbreitete „Politikverdrossenheit“ beweist freilich auch, dass die Erwartungen an den Staat nach wie vor hoch sind. Die Menschen, die auf dem Gebiet des deutschen Staates leben, fordern von ihm nicht nur Schutz gegen Angriffe auf ihre Rechtsgüter und gegen äußere Feinde, sondern vor allem Sicherung ihrer Existenz – und darüber hinaus vielfach die Sicherung ihrer Existenzgrundlagen, also z.B. der Chancen, sich erfolgreich wirtschaftlich zu betätigen. Der Staat soll soziale Sicherheit produzieren, Schutz gegen alle möglichen Lebensrisiken gewährleisten, Bildungsmöglichkeiten für alle garantieren, und er soll auch unterentwickelte und notleidende Wirtschaftszweige fördern, ja sogar einzelne Unternehmen vor dem Ruin bewahren.

Öffentliche Güter

In der Sprache der ökonomischen Staatstheorie handelt es sich bei den Produkten, die wir nicht dem Markt überlassen wollen, um „öffentliche Güter“. In den Leitsätzen für ein neues Grundsatprogramm der SPD sind sie definiert als diejenigen, die „der Logik des Marktes entzogen und bedarfsorientiert ausgerichtet sein sollten“.

Kernaufgaben und Gewährleistungsaufgaben

Die Diskussion konzentriert sich an dieser Stelle regelmäßig sogleich auf die angeblichen „Kernaufgaben“ des Staates, also die Herstellung von Sicherheit, den Rechtsschutz, den Schutz der wichtigsten individuellen und kollektiven Güter, die Landesverteidigung, Diplomatie und weniges mehr. Die anderen Aufgaben werden davon als „Gewährleistungsaufgaben“ abgesetzt, also mit einem geringeren Gewicht versehen, so dass sie als nachrangig erscheinen. Aber wir sollten genauer hinsehen. Zu den Aufgaben eines sozialen Staates, wie es die Bundesrepublik nach ihrer Verfassung sein will, gehört wesentlich mehr.

Der Staat muss das „soziale Netz“ aufbauen und erhalten, das nötig ist, damit nicht diejenigen, die ohne eigenes Verschulden arbeits- und einkommenslos werden, ins Bodenlose fallen. Die Kosten des Sozialleistungssystems sind der Preis der ökonomischen Globalisierung und Rationalisierung. Nicht nur weil sonst soziale Unruhen ausbrechen, sondern aus dem Grundprinzip der Solidarität heraus müssen die Gewinner der Wirtschaftsentwicklung den Verlierern etwas abgeben, und der Staat ist dazu berufen, diese Kompensation über Steuern und andere Abgaben zu organisieren.

Marktradikale Entsolidarisierung

„Marktradikale“ kündigen diese Solidarität auf – obwohl auch sie darauf angewiesen sein können; denn inzwischen droht ja Arbeitslosigkeit auch den bestverdienenden Managern und kann schnell zur sozialen Deklassierung führen. Die oft beschworene „Entstaatlichung“ kann in Wahrheit Entsolidarisierung bedeuten.

Was ist in dieser Lage zu tun? In den „Leitsätzen“ heißt es (unter IV. 2.): „Unsere Gesellschaft benötigt eine Übereinkunft darüber, welche öffentlichen Güter dem reinen Marktprinzip entzogen werden sollen“. Das ist in der Tat wünschenswert – obwohl wir in Gestalt der Verfassung im Grunde längst eine solche Übereinkunft besitzen. Anders formuliert, bedeutet der Satz, dass wir einen

neuen „Gesellschaftsvertrag“ abschließen sollten. Das Grundgesetz von 1949, inzwischen über fünfzigmal geändert, ist offensichtlich nicht konkret genug, um diese Abgrenzung verbindlich vorzunehmen. Seine Auslegung ist umstritten, und selbst wo seine Aussagen vollkommen klar sind, wird es nicht befolgt. Die Leitsätze nennen als nicht marktfähige öffentliche Güter „an vorderster Stelle Bildung, Gesundheit und Sicherheit“ und betonen, dass der Staat sie nicht selbst „herstellen“ muss, dass es vielmehr sinnvoller sein kann, wenn er „den Zugang der Menschen zu den öffentlichen Gütern gewährleistet und Räume für private Initiative öffnet“.

Damit wären wir wieder bei der Unterscheidung von „Kern-“ und „Gewährleistungsaufgaben“. Es ist zwar Voraussetzung für fast alle anderen Entwicklungen, dass die „Kernaufgaben“ auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit erfüllt werden, also insbesondere Justiz und Polizei funktionieren, aber die übrigen Pflichten des Staates sind alles andere als unwichtig. Soziale Sicherung, Gewährleistung von Bildungschancen für alle, ja sogar die staatliche Förderung von Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen. Eine wesentlich größere Zahl von Menschen ist im Bildungswesen, also in Schulen und Hochschulen aller Art tätig als in den Rathäusern und Ministerien.

Richtungsweisende Leitsätze

Aus Finanznot heraus haben Staat und Kommunen in den letzten Jahrzehnten einen großen Teil ihres Vermögens veräußert: Die Bundespost, zahlreiche Stadtwerke und öffentliche Verkehrsbetriebe wurden privatisiert, die Energiekonzerne haben den Strommarkt fast vollständig übernommen. Die Bundesbahn strebt mit Macht an die Börse. Der Zugriff des internationalen Kapitalmarktes auf die Deutsche Flugsicherung ist als letzter Höhepunkt der Privatisierungswelle gerade noch verhindert worden.

Es gibt allerdings auch Anlass zu der Hoffnung, dass es nicht ganz so schlimm kommen wird. Jedenfalls weisen die Leitsätze für das neue Grundsatzzprogramm in die richtige Richtung.

RAINER BOCK

Weniger Staat ist nicht zwangsläufig schwacher Staat

Am Beginn jeder Diskussion darüber, was des Staates ist, sollte die Überlegung stehen, ob bzw. inwiefern überhaupt etwas per se des Staates sein muss.

Wenn der Staat für bestimmte Aufgaben zuständig sein soll, so muss dieser Anspruch argumentativ legitimiert werden:

„Von einem Selbstzweck, einem Selbstwert des Staates bei öffentlichen Gütern können wir nicht ausgehen.“



Der bis zur Unkenntlichkeit diffundierte Staat arbeitet mal in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, ein anderes Mal als GmbH.

Somit muss die Frage im Titel der Veranstaltung als historisierend bzw. überholt erscheinen.

Auch das Argument, der Staat würde sich in seiner Bearbeitung der Probleme maßgeblich von der privatwirtschaftlichen Praxis abheben, ist so nicht haltbar:

„Es gilt auch bei staatlichen Aktivitäten zunehmend der Primat der Betriebswirtschaft. Es ist einfach so, dass Staatsmanager im Grunde genommen keine deutlich andere Auffassung haben und keine deutlich anderen Erfolgsparameter als die, die in der gewerblichen Wirtschaft arbeiten.“

Ebenso ist die Definition des öffentlichen Guts, das in staatlicher Hand liegen sollte, nicht trennscharf. Ist doch zum Beispiel die Ernährung gänzlich in privatwirtschaftlicher Hand. Obschon Lebensmittel die Grundlage unserer physischen Existenz bilden, obliegt ihre Bereitstellung nicht dem Staat. Andererseits wird darüber diskutiert, ob eine Privatisierung der Energie- und Wasserversorgung zu verantworten ist. Die Debatte erscheint somit als unlogisch bzw. merkwürdig.

Der Zugang zu den Gütern, die als öffentlich bezeichnet werden, muss gesichert sein. Fragwürdig erscheint, dass diese Güter hierfür vom freien Markt ausgenommen sein müssen. Die Privatwirtschaft ist qualitativ wie kostentechnisch vielfach den staatlichen Möglichkeiten überlegen. Der Staat sollte sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein hohes Qualitäts-, Versorgungs- und Sicherstellungsniveau mit den als öffentlich bezeichneten Gütern gewährleistet.

„Deshalb ist weniger Staat auch nicht schwacher Staat. Damit ist das überhaupt nicht zu verwechseln. Die Rahmenbedingungen sind wichtig. [...] Und deshalb ist der Staat in keiner Weise verzichtbar.“

Rainer Bock:

Rainer Bock ist stellvertretender Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Kiel und arbeitet im Geschäftsbereich „Recht + FairPlay“.

JUTTA BLANKAU

Der Staat und eine positive Zukunftsperspektive

Herr Professor Bulls Auffassung, dass ohne den Staat nichts gehe, teile ich. Hieraus ergibt sich auch die Ausnahme bestimmter Güter vom freien Markt. Nur der Staat kann die Versorgung und soziale Gestaltung sichern.

„Ich teile die Auffassung, dass einige Bereiche der Daseinsvorsorge tatsächlich öffentliche Güter sind, die der Logik des Marktes entzogen sind und auch zukünftig entzogen bleiben müssen.“

Die Menschen verlangen nach staatlicher Regelung ihrer Lebensrisiken, die sie dem freien Markt nicht anvertrauen möchten. Viele sehen ihre Existenzgrundlage durch eine zunehmend marktorientierte private Daseinsvorsorge gefährdet.

Von einer in sich geschlossenen gesellschaftspolitischen Übereinkunft kann die SPD dennoch nicht ausgehen. Sie muss öffentlich Stellung beziehen und somit erweiterte Orientierungsmöglichkeiten bieten.

„An dieser Stelle sind wir bei der Frage nach Bekennnissen und somit auch bei der Definition von Grundwerten. Es ist notwendig und sinnvoll, dass sich die SPD an den von ihr in der Vergangenheit bereits formulierten Grundwerten orientiert.“

Der Ausbau von Beteiligungschancen, insbesondere im Bildungsbereich, sollte entsprechend formuliert werden. Obschon sich im Bildungssektor eine Häufung von Privatisierungen zeigt, geht auch hier ohne den Staat nichts. Eine Privatisierung dieses elementaren Bereichs der Beteiligungschancen würde weite Teile der Jugend ausschließen

und wäre mit Blick auf eine sozial gerechte Gesellschaft nicht zu rechtfertigen. Eine finanzielle Mehrbelastung brächte hinsichtlich der schulischen und universitären Bildung Ausschlusswirkungen mit sich. Eine Privatisierung würde die Gesellschaft somit spalten.

Der Staat sollte den Menschen eine „positive Zukunftsperspektive“ geben und somit ihren Bedürfnissen gerecht werden.

Ohne nach einem starken Staat zu verlangen bleibt auch hier nochmals festzuhalten, dass ohne den Staat nichts geht.



Jutta Blankau:

Jutta Blankau ist Bezirksleiterin der IG Metall Küste mit Sitz in Hamburg.

HANS CHRISTIAN KNUTH

Die Kontinuität der Grundwerte



Die „Leitsätze auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzzprogramm“ stehen deutlich in der Tradition des Godesberger Programms sowie des Berliner Programms.

„Wir begrüßen die Kontinuität in der Formulierung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, vor allem auch deswegen, weil diese Grundwerte dem christlichen Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe entsprechen.“

So ergibt sich in Erweiterung der bisherigen materiellen Definitionen eine mentale Dimension der öffentlichen Güter.

Hier stellt sich auch die Frage danach, inwieweit der Staat für die Weitergabe von Grundüberzeugungen eintreten sollte. In dieser Hinsicht sind die vorliegenden Leitlinien zu kritisieren. Sie enthalten noch keine ausgearbeitete Position zum Verhältnis des Staates zu Kirche und Religion.

Zu beachten sind hierbei selbstverständlich die begrenzten Gestaltungsmöglichkeiten staatlicher Politik in Hinblick auf individuelle Grundeinstellungen. Der demokratische Staat kann immer nur davon ausgehen, was als ethische Übereinstimmung in der Gesellschaft vorherrscht. Gesellschaftlich akzeptierte sittliche Grundüberzeugungen können nicht beliebig durch staatliches Handeln geschaffen werden.

Allerdings sollte sich der Staat mit den Ängsten der Menschen bezüglich der Daseinsvorsorge beschäftigen. Die zuvor erwähnte mentale Dimension öffentlicher Güter ist somit von besonderer Bedeutung für das gesellschaftliche Miteinander.

So ist auch die Soziale Marktwirtschaft einem Marktradikalismus vorzuziehen.

Allerdings darf die Debatte über die Achtung der Grundwerte nicht an nationalstaatlichen Grenzen enden.

„In Blick auf die Globalisierung gilt allerdings auch in diesem Horizont, dass sich soziale Gerechtigkeit als Norm auch im internationalen Maßstab durchsetzt und nicht nur für Europa gefordert wird.“

Bischof Dr. Hans Christian Knuth:

Hans Christian Knuth ist Bischof für den Sprengel Schleswig der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche.

RALF STEGNER

Ein positives Bekenntnis zu unserem Staat

Ein großer Bevölkerungsteil steht dem ohnmächtigen Staat weniger kritisch gegenüber als dem allmächtigen Staat. Wie bereits erwähnt wurde, sind die Gründe hierfür in der Geschichte Deutschlands zu finden. Hinzu kommt aber, dass Bürokratie und ein Übermaß an staatlicher Regelung durchaus das gesellschaftliche Leben belasten. Wachstum und Freiheit dürfen folglich nicht unnötig eingeschränkt werden.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Verrechtlichung in einer komplexen Gesellschaft auch einen Fortschritt darstellt. Rechtssicherheit ist ein elementares Gut einer demokratischen Gesellschaft.

Für einen sozialen und demokratischen Staat erscheint es notwendig, eine konstruktive Beziehung zwischen dem Staat und der Bevölkerung zu etablieren.

„Ich würde nicht sagen, wir brauchen einen starken Staat sondern: Wir brauchen ein positives Bekenntnis zu unserem Staat!“

Der Weg einer radikalen Entstaatlichung und Entsolidarisierung kann weder gewollt sein, noch wäre er sinnvoll. Vielmehr brauchen wir für ein gerechtes Gemeinwesen einen handlungsfähigen und gestaltenden Staat.

„Auch im 21. Jahrhundert ist ein funktionierendes Gemeinwesen in Freiheit und Wohlstand ohne einen sozialen, gerechten Staat undenkbar.“

Die für einen solchen Staat notwendigen Mittel können unter anderem durch eine gerechte Steuerpolitik bereitgestellt werden.

Zur Gestaltungs- und Handlungsnotwendigkeit des Staates gehört die Nutzung eigener Ressourcen zu fördern. Nur so kann es ein Gemeinwesen in Wohl-



stand und Freiheit geben. Die Bildung nimmt hierbei eine zentrale Stellung ein.

„Wir wissen, wir werden keine neuen Energiequellen bei uns entdecken. Unsere Hauptenergiequelle ist die Bildung. Da müssen wir viel besser werden, was uns ja alle Studien bescheinigen. Das müssen wir anders machen. Das ist die primäre Aufgabe des Staates. Das Motiv liegt darin, da dort der Wohlstand der Zukunft liegt, und versagen wir da, dann werden wir uns unweigerlich auf den Abwärtsgang bewegen. [...] Und deswegen glaube ich, die Investition, sich um solche Dinge zu kümmern, ist Sache des Staates.“

Wir brauchen die Marktwirtschaft und ihre Unternehmen, die mit ihren Angestellten Gewinne erarbeiten und die zum Wachstum beitragen. Aber wir brauchen auch staatliche Bereiche, die keine Gewinne erwirtschaften müssen. Diese Bereiche sind dem Gemeinwohl verpflichtet und handeln somit nicht zwangsläufig nach den gleichen Erfolgsparametern wie die Privatwirtschaft.

Dr. Ralf Stegner:

Ralf Stegner ist Mitglied des Landtages und Innenminister Schleswig-Holsteins. Zuvor war er von 2003 bis 2005 Finanzminister Schleswig-Holsteins.

Auszüge aus der freien Diskussionsrunde

Hinterfragt werden müsse, ob überhaupt die marktwirtschaftlichen Kriterien, die systemgemäß amoralisch sind, ein geeignetes Mittel sein könnten um die gesundheitliche Versorgung kranker Menschen angemessen zu gestalten. In marktwirtschaftlicher Perspektive wäre eine solche Versorgung bzw. Investition lediglich rentabel, wenn der Versicherte die gesamten Kosten selbst trüge.

In einer Gegenposition wurde zu bedenken gegeben, dass nicht einem Marktradikalismus das Wort geredet werden solle. Vielmehr werde die Hoffnung gehegt, dass durch eine Überantwortung an den privatwirtschaftlichen Sektor die Qualität und Effizienz der Versorgung mit den als grundlegend erachteten Gütern gesteigert werden könnte.

Inwieweit nicht auch der Staat über die Experten und infrastrukturellen Mittel verfüge, die Versorgung mit öffentlichen Gütern ebenso effektiv, qualitativ und kostengünstig zu gestalten, wie dies vorgeblich nur durch den privatwirtschaftlichen Sektor möglich sei, bleibt umstritten.

Eine zunehmende Privatisierung öffentlicher Güter führe zu einem Verlust der Glaubwürdigkeit von

Politik. Ohne eine glaubwürdige Politik würde sich aber nicht das in den Beiträgen angestrebte positive Verhältnis zum Staat einstellen. Lediglich ein Staat, der die grundlegende Versorgung mit elementaren Gütern sichert und Lebensrisiken durch ein entsprechendes Solidarsystem auffängt, wird ein positives Staatsverständnis der Bürger erlangen.

Der Staat sowie der Markt werden die Zukunft Deutschlands gemeinsam prägen. Die Vorstellung eines starken Staates, wie es sie in der etatistischen Tradition der SPD gab, ist theoretisch wie praktisch überwunden. Der handlungsfähige Staat, der das gesellschaftliche Leben gestaltet, ohne den Menschen die Freiheit zur Selbstorganisation abzuspüren, müsse definiert werden.

Für die Sozialdemokratie gehen die Zuständigkeitsbereiche des Staates über die Kernkompetenzen hinaus. Somit müsse die Sozialdemokratie die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Grundsatzprogramm verankern und gestaltend auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens anwenden.



RALF STEGNER

Schlusswort

Zum sozialdemokratischen Staatsverständnis gehört eine starke Gemeinwohlorientierung sowie das klare Bekenntnis, dass der Markt in einigen Bereichen versagt und der Staat dort für das Gemeinwohl und gerade für die Menschen, eingreifen muss, die sich nicht alleine wehren können. Dies gilt gerade in den Bereichen Bildung und soziale Sicherheit.

Mit diesem selbstbewussten Verständnis über die Rolle des Staates hat die SPD ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber CDU und FDP. Wir setzen uns von jenen ab, die nur dem Staat die Leviten lesen und unkritisch Privatisierungen das Wort reden. Modernisierungsverlierer dürfen wir nicht einfach billigend in Kauf nehmen. Dazu gehört auch, dass Politik weder macht-, noch ehrlos ist, sondern essentieller Bestandteil der Demokratie ist. Diese wiederum ist ein Garant für die Durchsetzung unserer Werte: Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit.

Bisher erschienen:



Globale Demokratisierung und die Rolle Europas



Lokaljournalismus und Kommunalpolitik: Ganz nah am Wandel der Gesellschaft



Vorsorgender Sozialstaat



Religion und Politik Wandlungsprozesse im transatlantischen Vergleich



Braucht Deutschland Religion?



Die Zukunft des Sozialstaats



Das neue Grundgesetzprogramm der SPD Herausforderungen und Perspektiven



Ländervergleich von Modellen Sozialer Demokratie



Fundamentalismus



Gerechtigkeit in der kulturell pluralistischen Gesellschaft



Vollbeschäftigung und Globalisierung – ein Widerspruch?



Weltethos und Weltfriede



Werte und Verantwortung von Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik